

Kommentare. Berichte. Analysen.

BDS.

www.bds-dgv.de

Dezember 2020

Der Selbständige

Offizielles Organ des Bundesverbandes der Selbständigen e.V.



Touristik

Die Prignitz lädt zu Aktivurlaub und Erholung ein

Betrieb

Den Niedrigzinsen ein Schnippchen schlagen

Das Beste
aus 2020 von
Dr. Hugo Müller-Vogg



Das Beste aus 2020 von Dr. Hugo Müller-Vogg

Der ehemalige *FAZ*-Herausgeber Dr. Hugo Müller-Vogg ist einer der bekanntesten Publizisten Deutschlands und beeinflusst durch Bücher und Kommentare zu Politik und Wirtschaft immer wieder die öffentliche Debatte.

Zum Jahreswechsel hat die Redaktion seine wichtigsten Kommentare aus dem Jahr 2020 für Sie zusammengefasst:

- **30 Jahre Wiedervereinigung – Einheit mit Mängeln ist besser als Teilung** (Erscheinungsdatum 3. Oktober)
- **Medien als willige Helfer der Armutsindustrie** (Erscheinungsdatum 4. Juli)
- **„Ihr Völker der Welt, schaut lieber nicht auf diese Stadt“** (Erscheinungsdatum 8. September)
- **Kühnert kann Bundestag – auch ohne Examen** (Erscheinungsdatum 5. August)
- **EU-Milliarden-Hilfe: Solidarität ist keine Einbahnstraße** (Erscheinungsdatum 23. Mai)
- **Vermögensabgabe – Lieblingsspielzeug der Linken** (Erscheinungsdatum 9. April)
- **Eigentlich müsste die CDU für die Sozis beten ...** (Erscheinungsdatum 14. August)
- **Die FDP will lieber mit der SPD regieren als nicht regieren** (Erscheinungsdatum 16. September)
- **Entschleunigung, Sich-Selber-Finden, bewusstes Verzichten – ich kann es nicht mehr hören!** (Erscheinungsdatum 29. Mai)

30 Jahre Wiedervereinigung – Einheit mit Mängeln ist besser als Teilung

Dreißig Jahre nach der Wiedervereinigung steht die Mauer in einigen Köpfen noch immer. Doch ein vereintes Land mit Problemen ist immer noch die bessere Alternative zum perfekt geteilten Land. Eine Bilanz aus 30 Jahren deutscher Einheit.

Das Urteil des britischen Historikers Timothy Garton Ash ist eindeutig: „Es gibt Grund genug zu feiern am 3. Oktober. Diese vereinigte Bundesrepublik ist das beste

Lukaschenko genießt, was Egon Krenz nicht hatte – die Rückendeckung Moskaus.

1989/90 nutzte Helmut Kohl die Gunst der Stunde. Die Regierung Kohl/Genscher hatte diese Situation nicht herbeigeführt, aber sie erkannte diese einmalige Chance. Denn den Mantel der Geschichte – um dieses Bild aufzugreifen – kann nur ergreifen, wer ihn auch ergreifen will. Die Chance zur Wiedervereinigung nutzen konnte nur, wer

schnell angleichen. Namhafte Ökonomen waren damals von etwa zehn Jahren ausgegangen. Aber wir hatten nicht erkannt, wie unterschiedlich die Ausgangslagen westlich und östlich der Mauer waren, vor allem, wie sehr sich Ost- und Westdeutsche in Bezug auf ihre Mentalität und ihre Befindlichkeit unterschieden.

Den meisten Politikern, Managern und auch Journalisten war nicht bewusst, dass die Ostdeutschen durchaus stolz waren auf das, was sie erreicht hatten; dass manche Errungenschaften des real existierenden Sozialismus dem Sicherheitsbedürfnis der Menschen durchaus entgegenkamen; dass das Leistungsgefälle zwischen der ostdeutschen und der westdeutschen Wirtschaft noch viel größer war, als die Statistiken das angezeigt hatten. Schließlich konnte man sich nicht vorstellen, dass die SED-Kader und ihre Nachfahren nach dem Mauerfall politisch noch so viel Einfluss behalten würden. Ja, die Ostdeutschen waren ein Volk – und wir im Westen auch. Das führte zu vielen Missverständnissen, zu Überheblichkeit in den alten und zu Minderwertigkeitsgefühlen in den neuen Ländern.

Stolz auf Errungenschaften der DDR

Die DDR war ein Unrechtsstaat. Er musste seine Bevölkerung einsperren, damit sie dem „sozialistischen Paradies“ nicht entfliehen konnte. Aber die Bürger der DDR haben trotz dieser widrigen „Rahmenbedingungen“ versucht, ihrem Leben einen Sinn zu geben. Sie haben im Vergleich zu Ostblockstaaten wie Polen oder Ungarn ihr eigenes kleines Wirtschaftswunder zustande gebracht. Sie haben im Sport und in manchen wissenschaftlichen Disziplinen Weltniveau erreicht. Dass sie darauf auch nach dem Fall der Mauer weiterhin stolz waren und stolz sind, damit hatten wir im Westen nicht gerechnet.

Die Bürger der DDR genossen keine nennenswerten politischen Freiheiten. Wer seine Religion ausüben wollte, machte sich beim Regime verdächtig. Der Lebensstandard war viel niedriger, die Lebenserwartung deutlich geringer als im Westen. Doch fanden und finden nicht wenige Menschen die Sicherheit eines schlecht bezahlten Arbeits-



Deutschland, das wir je hatten.“ Genau so ist es: Die friedliche Revolution von 1989/90, die Erringung der Freiheit für 16 Millionen Deutsche, war eine der großartigsten Leistungen in der deutschen Geschichte.

Die Bürgerrechtler, die im Herbst 1989 auf die Straßen gegangen sind und das SED-Regime in die Knie gezwungen haben, hatten Mut. Sie wussten nicht, ob der Stasi-Staat kampfflos abdanken würde. Aber sie hatten das Glück, dass der Kreml – anders als 1953 – keine Panzer schickte, um die Herrschaft der Sozialistischen Einheitspartei blutig zu verteidigen. Sie hatten das Glück, dass Gorbatschow seine Einfluss-sphäre nicht um jeden Preis behaupten wollte. Das unterschied die DDR damals von dem, was heute in Belarus vor sich geht.

dieses Ziel noch nicht aufgegeben hatte. Das bleibt das historische Verdienst des Kanzlers der Einheit. So wie es das historische Verdienst Willy Brandts bleibt, mit der neuen Ostpolitik den Weg von der Konfrontation zur Koexistenz zwischen Ost und West geebnet zu haben.

Die Mauer in den Köpfen steht teilweise noch

Das Zusammenwachsen des seit vier Jahrzehnten geteilten Landes hatten sich viele im Westen viel einfacher vorgestellt, mich eingeschlossen. Die Vorstellung war, ohne Mauer und ohne SED würden die beiden Deutschlands wieder schnell zusammenwachsen, würde die D-Mark zu einem zweiten Wirtschaftswunder im Osten führen und würden sich die Lebensverhältnisse relativ

platzes verlockender als die Chancen einer Wettbewerbswirtschaft, in der den besonders Tüchtigen ein größeres Stück des Kuchens winkt. Denn das muss man auch sehen: Wenn die Armut mehr oder weniger gleich verteilt ist – von der bevorzugten Nomenklatura mal abgesehen –, dann fühlen sich diejenigen besser, die im Leistungswettbewerb nicht mithalten können oder wollen.

Misere der DDR-Wirtschaft

Vollbeschäftigung, freie medizinische Versorgung und niedrige Mieten, das waren die viel gerühmten Errungenschaften des real existierenden Sozialismus. Doch die Vollbeschäftigung wurde erkaufte durch eine niedrige Produktivität. Und der Zustand vieler Wohnungen war so, dass sie nach westlichen Maßstäben nicht bewohnbar waren.

Die Misere der DDR-Wirtschaft lässt sich an einigen wenigen Zahlen festmachen: Die Arbeitsproduktivität der DDR lag im Jahr 1988 bei etwa 20 bis 25 Prozent des Westens. Fast die Hälfte der Produktionsanlagen war verschlissen. Und die Devisenreserven der DDR waren so geschrumpft, dass sie 1989 nur noch 35 Prozent ihrer Westimporte und nur noch 35 Prozent ihrer Zins- und Tilgungsleistungen finanzieren konnte.

In ihrer Not verkaufte die DDR selbst Kunstgegenstände gegen Devisen. Ja, sogar Kopfsteinpflaster wurden herausgerissen und als nostalgischer Straßenbelag im Westen zu Geld gemacht. Mit anderen Worten: Die DDR war pleite. Ohne die Währungsunion im Juli 1990 wäre die DDR zahlungsunfähig gewesen. Deshalb wurde der Wiederaufbau auch so schwierig.

Privates Glück im Pleitestaat war möglich

Allerdings gab es auch im Unrechtsstaat DDR viele glückliche Menschen. Wer sich damit abgefunden hatte, sich politisch nicht frei äußern zu dürfen, wer seine Religion ohnehin nicht praktizieren wollte, wer nicht darunter litt, nicht ins westliche Ausland reisen zu dürfen, der konnte sein privates Glück durchaus finden und genießen.

Kein Wunder, dass bei den Ostdeutschen im Blick zurück viele positive Erinnerungen sehr präsent sind – an Familie und Freunde, an einen nicht gerade gut bezahlten, aber sicheren Arbeitsplatz, an eine Gesellschaft, in der es weniger Wettbewerb, weniger Ungleichheit und weniger Neid gab, vom Klassenunterschied zwischen der SED-Nomenklatura und den Werktätigen einmal abgesehen. Es ist im Übrigen menschlich, dass wir uns an das Positive besser erinnern

als an das Negative. Wir wären alle ein Fall für die Couch, wenn wir alles Schlimme, das uns jemals widerfahren ist, ein Leben lang mit uns herumschleppten.

Apropos Klassenunterschiede in der DDR: Beim Umtausch der Ost-Mark in die D-Mark mussten alle Konten offengelegt werden. Da stellte sich heraus, dass 10 Prozent der Konteninhaber 60 Prozent des Geldvermögens besaßen. Auch in der DDR waren halt nicht alle gleich. Nur waren die Privilegien dort eher durch die politische Stellung begründet als durch unternehmerische Fähigkeiten.

Die Systemfrage stellen stets die Unzufriedenen

Wir haben vom Westen aus nicht erkannt, welche große Anpassungsleistung den Ostdeutschen abverlangt wurde. Die Ostberliner, Leipziger oder Dresdner wurden nach 1989/90 quasi über Nacht zu Einwanderern im eigenen Land. Nichts war mehr wie vorher. Das betraf das Arbeitsleben wie die medizinische Versorgung und nicht zuletzt die staatlich oder betrieblich organisierten Freizeit- und Urlaubsangebote. Betreute Menschen mussten plötzlich selbstständig werden, Wettbewerb wurde zu einem tragenden Element des Lebens.

Offenkundig haben wir nicht geahnt, wie schwer es vielen Menschen fällt, sich von einer Gesellschaft der mehr oder weniger Gleichen auf ein System umzustellen, in dem es nicht immer Arbeit für alle gibt. Ein System, in dem plötzlich große Unterschiede sichtbar werden – zwischen denen, die mehr leisten oder schlichtweg Glück haben, und denen, die weniger leisten, weniger leisten können oder schlichtweg Pech haben. Ein hohes Maß an Unzufriedenheit im Osten dürfte darauf zurückzuführen sein, dass schnell die Systemfrage stellt, wer sich in der Leistungsgesellschaft nicht zurechtfindet. Da erstrahlt dann der graue DDR-Alltag auf einmal in hellem nostalgischem Licht.

Genau an diese unterschwellige Verbundenheit vieler Menschen mit „ihrer DDR“ appellieren die Gysis und Bartschs, wenn sie die real existierende Unmenschlichkeit des SED-Regimes verharmlosen und die wirtschaftlichen Probleme nicht in erster Linie auf 40 Jahre Planwirtschaft zurückführen, sondern auf den Kapitalismus im Allgemeinen und die Treuhand im Besonderen.

Wiedervereinigung – eine Erfolgsgeschichte

Der Hinweis auf Schwierigkeiten bei der Vollendung der Einheit besagt nicht, dass die Wiedervereinigung – alles in allem – keine Erfolgsgeschichte wäre. Im Gegenteil.

Wer heute durch die neuen Länder fährt, der kann dort unschwer blühende Landschaften erkennen, um eine viel strapazierte Formulierung aufzugreifen. Nein, nicht alles blüht. Und an manchen Stellen muss noch zusätzlich gesät und gedüngt werden.

Bei allen Vergleichen zwischen den alten und neuen Ländern sollte man sich nicht allein auf wirtschaftliche und soziale Kennziffern stützen. Man muss immer mitdenken, wie es in der ehemaligen DDR heute aussähe, wenn die Modrows die Chance bekommen hätten, mit westdeutschem Geld den Sozialismus zum x-ten Mal neu zu erfinden. Es gab 1989/1990 ja nicht wenige, die eine neue DDR anstrebten, eine sozialistische DDR mit menschlichem Antlitz. Eine „richtige“ sozialistische DDR als Gegenmodell zur alten, angeblich kapitalistischen BRD, das war der Traum der Linken östlich wie westlich des ehemaligen Todesstreifens.

Die Gewinner der Einheit

Dazu ist es nicht gekommen. Die Ostdeutschen hatten bei der ersten freien Volkskammer-Wahl im März 1990 die Chance, die Weichen zu stellen. Und sie haben sie gestellt – in Richtung Schwarz-Rot-Gold, nicht in Richtung dunkelrot.

Das Ergebnis ist bekannt: Die Wirtschaftskraft der neuen Länder einschließlich Berlin beträgt 79 % des gesamtdeutschen Durchschnitts. Was für ein Fortschritt gegenüber den etwa 30 % vor dreißig Jahren. Die Ausstattung der Haushalte mit Konsumgütern ist auf westlichem Niveau. Wer jemals mit dem Auto durch die DDR gefahren ist, der wähnt sich heute in einem anderen Land. Das gilt für die Telekommunikation ebenso wie für die soziale Infrastruktur in Bezug auf Krankenhäuser, Alten- und Pflegeheime. Gewinner der Einheit sind auch die Rentner. Der ostdeutsche Rentnerhaushalt bezieht im Durchschnitt eine höhere gesetzliche Rente als der westdeutsche, weil in der DDR mehr Frauen berufstätig waren als in den alten Bundesländern.

Der größte Erfolg: Freiheit für alle

Jenseits aller materiellen Fortschritte ist das Kapitel „Freiheit“ das allerwichtigste in der Erfolgsgeschichte der Wiedervereinigung. Wir haben im Zusammenhang mit Corona erlebt, dass elementare Grundrechte plötzlich eingeschränkt werden: das Recht auf Freizügigkeit, die Versammlungsfreiheit, das Demonstrationsrecht, die Gewerbefreiheit oder die Freiheit von Forschung und Lehre.

Wenn die DDR-Bürger vor 1989 mit denselben Regelungen konfrontiert worden

wären, wie wir alle seit März, hätten sie diese nicht als Einschränkung beklagt, sondern als Freiheitsgewinn begrüßt. Und wenn heute auch in den neuen Ländern gegen Corona-Einschränkungen demonstriert wird, dann ist das – ungeachtet der Qualität mancher Argumente – der Beleg, dass die „Einheit in Freiheit“ Realität geworden ist.

Natürlich haben wir in Ost und West nicht die gleichen Lebensverhältnisse. Aber die haben wir in der alten Bundesrepublik auch nicht. Den Menschen im Rhein-Main-Gebiet oder in München geht es besser als denen im Ruhrgebiet oder in Bremen. Aber wie sehr der Osten aufholt, zeigt sich daran, dass Sachsen und Brandenburg das Saarland bei der Wirtschaftskraft überholt haben.

Linke u. AfD bedienen enttäuschte Ostdeutsche

Eines macht dennoch besorgt: 57 % der Ostdeutschen fühlen sich noch immer als Bürger zweiter Klasse. Die meisten haben verdrängt, wie ihre wirtschaftliche Lage vor dreißig Jahren war – von den eingeschränkten Freiheiten ganz zu schweigen. Viele halten es für ungerecht, dass sie – anders als

die Westdeutschen – keine nennenswerten Vermögen aufbauen konnten und auch beim Erben viel schlechter abschneiden. Davon profitieren zwei Parteien, die – mit unterschiedlichen Argumenten – das Minderwertigkeitsgefühl der Ostdeutschen bedienen: die Linke und die AfD.

Bei nüchterner Betrachtung muss man feststellen, dass der Zuspruch zu Demokratie und Rechtsstaat im Osten schwächer ausgeprägt ist als im Westen, dass der Staat und seine Institutionen im Westen mehr respektiert werden als im Osten, dass Fremdenhass und Ausländerfeindlichkeit in den neuen Ländern weiter verbreitet sind als in den alten.

Darüber zu jammern, hilft nicht weiter. Das muss vielmehr alle demokratischen Kräfte motivieren, denen entschieden entgegenzutreten, die eine andere Republik propagieren, die Demokratie verächtlich machen, den Rechtsstaat verhöhnen, Hass predigen, völkische Parolen verbreiten, antisemitische Hetze betreiben und so den Boden für Gewalttaten vorbereiten.

Politische Gewalt ist kein ostdeutsches Thema, politische Gewalt ist ein gesamt-

deutsches Thema. Und im Kampf dagegen kann es für Demokraten keinen Unterschied geben zwischen rechtsextremistischer und linksextremistischer Gewalt.

Einheit mit Mängeln ist besser als Teilung

Das vereinte Deutschland steht 30 Jahre nach dem 3. Oktober 1990 gut da. Wir brauchen Vergleiche mit anderen westlichen Demokratien nicht zu scheuen. Und wenn wir auf die Pandemie und ihre Folgen schauen, kann ich nur sagen: Ich möchte gerade jetzt in keinem anderen Land leben.

Wir Deutsche neigen bekanntlich dazu, ein halb-gefülltes Glas nicht als halb-voll, sondern stets als halb-leer zu bezeichnen. Aber der Satz von Willy Brandt, „Deutsche, wir können stolz sein auf dieses Land,“ ist unverändert aktuell. Ein vereintes Land mit Problemen ist immer noch die bessere Alternative als ein perfekt geteiltes Land. Oder anders ausgedrückt: Es ist allemal angenehmer, heute über Probleme unseres vereinten Landes zu sprechen, als vor 30 Jahren über die Sicherheitslage des geteilten Deutschlands. ■

Medien als willige Helfer der Armutsindustrie

Die so genannte Armut muss als Begründung für höhere Steuern oder die Einführung einer Vermögensabgabe herhalten. Dabei profitiert die „Armutsindustrie“ von der weitverbreiteten Unkenntnis über das tatsächliche soziale Gefälle.

Der Missmut der Deutschen wirke „angelernt“, befand das Institut für Demoskopie Allensbach in einer Studie im Oktober 2018. Die Meinungsforscher schrieben es dem Einfluss der Medien zu, dass die Mehrheit die eigene Lage deutlich besser einschätze als die des gesamten Landes. Dasselbe Phänomen zeigt sich in den Erhebungen der Forschungsgruppe Wahlen für das Politbarometer. Aktuell stufen zwei Drittel der Befragten die eigene wirtschaftliche Lage als gut ein, während nur ein Drittel das dem Land insgesamt attestiert. Was bedeutet, dass es der Mehrheit wirtschaftlich gut geht, obwohl das

Land insgesamt nicht so gut dastehen soll. Ein alles andere als logischer Befund.

Auch beim Thema wachsender Ungerechtigkeit zeigen Umfragen recht widersprüchliche Einschätzungen. Wird in Umfragen explizit danach gefragt, wie gerecht oder ungerecht es hierzulande zugehe, plädiert eine klare Mehrheit für das Prädikat „ungerecht“. Wird jedoch allgemein danach gefragt, was die Menschen am meisten bewege, rangiert das Thema „soziales Gefälle“ meistens ganz hinten.

Armutsforscher und Sozialverbände machen Stimmung

Das weit verbreitete Gefühl für eine wachsende Ungerechtigkeit scheint also ebenfalls „angelernt“ zu sein. Dabei kommt der Armutsindustrie das Verdienst zu, den Deutschen das Bewusstsein einer ständig wachsenden Kluft zwischen oben und unten vermittelt zu haben. Die Armutsindustrie, das

ist ein teilweise staatlich finanziertes Konglomerat, angeführt von zahlreichen Inhabern von Lehrstühlen für Armutsforschung, über diverse Sozialverbände und soziale Initiativen. bis hin zur Linkspartei, dem linken Flügel der SPD und Teilen der Grünen. Diese armutspolitische Interessengemeinschaft agiert mit freundlicher Unterstützung vieler Medien, angeführt von den öffentlich-rechtlichen Anstalten.

Sie alle haben angeblich nur das Wohl der Armen im Auge, handeln aber keineswegs so uneigennützig, wie sie sich gerne geben. In Wirklichkeit betreiben sie Profitmaximierung mit dem Ziel höherer Forschungsetats oder höherer staatlicher Zuschüsse für ihr soziales Engagement. Bei der Stimmenmaximierung sind die hier aktiven politischen Gruppierungen indes noch nicht vorangekommen, und zwar aus nachvollziehbaren Gründen: Nicht wenige angeblich Arme fühlen sich gar nicht so

arm, wie sie in der veröffentlichten Meinung dargestellt werden. Von den wirklich Armen haben hingegen viele resigniert und gehen nicht (mehr) zur Wahl.

Armutsgefährdung ist etwas anderes als Armut

Auf die meisten Medien als ihre willigen Helfer kann sich die Armutsindustrie blind verlassen. Jede Umfrage zum Thema Ungerechtigkeit, jede noch so fragwürdige Studie zur Armut darf mit breiter medialer Resonanz rechnen. Jedes Mal, wenn das Bundesamt für Statistik oder ein Sozialverband die „Armutsgefährdungsquote“ neu berechnet, schafft es das Ergebnis auf die Titelseiten und in die Hauptnachrichtensendungen von Fernsehen und Hörfunk. Der Tenor der Kommentare lässt sich dabei leicht vorhersagen. Geht die Quote nach oben, ist dies ein weiterer Beweis dafür, dass die Armen immer ärmer werden. Geht sie dagegen zurück, ist das ein Rückgang auf viel zu hohem und damit nicht zu akzeptierendem Niveau.

Die Armutsgefährdungsquote soll anzeigen, wie hoch der Anteil derer ist, die in Armut abzurutschen drohen. Als armutsgefährdet gilt eine Person, die mit weniger als 60 Prozent des mittleren Einkommens der Gesamtbevölkerung auskommen muss. Mittleres Einkommen bedeutet: Eine Hälfte der Bevölkerung hat mehr, die andere weniger. Bei Einzelpersonen lag dieser Schwellenwert 2018 bei etwas mehr als 1000 Euro im Monat, bei einer Familie mit zwei Kindern bei knapp 2200 Euro, jeweils einschließlich staatlicher Transferleistungen. Die Armutsgefährdungsquote ist seit 2005 unter Schwankungen tendenziell angestiegen, von knapp 15 Prozent auf zuletzt 16 Prozent.

Das Lied von der Verelendung

Obwohl die Statistiker korrekt von „Armutsgefährdungsquote“ sprechen, verwenden die Medien fast durchgängig den

Begriff „Armutsquote“ und melden eine steigende Zahl von „Armen“. Sozialverbände und Sozialpolitiker des links-grünen Spektrums sprechen in der Regel ebenfalls von Armut und nicht von Armutsgefährdung. Der Ton macht hier die Musik; in diesem Fall wird hier das Lied von Verelendung und Verarmung angestimmt – und vielfach geglaubt.

Der leichte Anstieg der Quote ist nicht etwa das Ergebnis tendenziell sinkender Löhne und Sozialleistungen. Hier spielen andere Faktoren eine Rolle. So war der Zustrom an Flüchtlingen gleichbedeutend mit einem Anstieg der Zahl der Transferempfänger. Bei Menschen mit Migrationshintergrund liegt die Quote bei 28 Prozent. Zudem hat die Zuwanderung aus ehemaligen Ostblockstaaten die Zahl prekär Beschäftigter erhöht. Zuwanderung und höhere Armutsgefährdung hängen also eng miteinander zusammen. Dass die hohe „Armutsquote“ von Zuwanderern in den Medien kaum erwähnt wird, kann nicht überraschen.

Die Armutsgefährdungsquote wird in Politik und Medien als wichtigster „Armut“-Indikator verwendet, gleichwohl ist ihre Aussagekraft gering. In der Quote spiegelt sich nämlich nur relative Einkommensarmut wider. Würden bei uns alle Löhne, Gehälter und Sozialleistungen von heute auf morgen verdoppelt, verdoppelte sich automatisch das mittlere Einkommen – und alle Deutschen hätten doppelt so viel Geld wie vorher. Nur: Die Armutsgefährdungsquote bliebe unverändert. Dasselbe gilt übrigens auch umgekehrt: Eine Halbierung sämtlicher Bezüge machte uns alle ärmer, änderte jedoch an der Quote nichts. Würden hingegen die rund 22.000 hier lebenden Einkommensmillionäre auswandern, reduzierte sich das mittlere Einkommen und damit die Zahl der „Armen“. Noch so

eine Ungereimtheit: Die meisten Studenten und Auszubildenden liegen unter der 60 Prozent-Schwelle, fühlen sich aber keineswegs als arm.

Tschechien als Paradies für deutsche Arme?

Wie gering die Aussagekraft der Armutsgefährdungsquote ist, wird ebenfalls im internationalen Vergleich deutlich. Tschechien, Slowakei, Slowenien und Ungarn, alles Länder mit einem deutlich niedrigeren Lebensstandard als Deutschland, weisen eine niedrigere Armutsgefährdungsquote als wir auf. Sie haben also im Sprachgebrauch der Armutsindustrie weniger Arme. In Wirklichkeit ist die „Armut“ dort nur gleichmäßiger verteilt. Man stelle sich das Erstaunen des Publikums vor, wenn in den „Tagesthemen“ oder im „heute journal“ nach der Verkündung der neuesten „Armutsquote“ hinzugefügt würde, „innerhalb Europas ist die ‚Armut‘ in Tschechien am geringsten.“ Da würde mancher Zuschauer meinen, er wäre in eine Comedy-Sendung geraten.

Armut – tatsächliche wie vermeintliche – wird im Wahljahr 2021 als Begründung für höhere Steuern oder die Einführung einer Vermögensabgabe herhalten müssen. Denn SPD, Grüne und Linke werden Umverteilung zu einem zentralen Wahlkampfthema machen. Dabei hilft die weitverbreitete Unkenntnis über das tatsächliche soziale Gefälle. So waren in einer Allensbach-Umfrage 40 Prozent für höhere Hartz-IV-Sätze. Als den Befragten dann aber gesagt wurde, wie hoch diese Transferleistung tatsächlich ist, waren nur noch 20 Prozent für höhere Hartz-IV-Leistungen. So „bereichert“ sich die Armutsindustrie am mangelnden Wissen der Deutschen über die tatsächliche soziale Lage. Das Ergebnis ist „angelernter Missmut“.

Der Verkauf im Onlinegeschäft boomt

Daher ist das Vermarkten und Verkaufen Ihrer Produkte im Internet unumgänglich. Durch das richtige Gesamtkonzept, passend zum Unternehmen, können Ihre Ansprüche und Bedürfnisse in einem Online-Shop abgedeckt werden.

So steht Ihrem Erfolg nichts im Wege!

MEHR ALS NUR EINE WERBEAGENTUR!



(0231) 2265789

(0231) 2265788

info@k6-medien.de



ONLINESHOPS

SHOPSYSTEME

www.k6-medien.de

Grafik | Print | Softwarelösungen | Web | Business View | IT-Solution

www.k6-medien.de



„Ihr Völker der Welt, schaut lieber nicht auf diese Stadt“

Ob es in einem Land ordentlich zugeht oder nicht, hängt nicht in erster Linie von einem funktionierenden Rechtssystem ab, das Gesetzesverstöße aufdeckt und Täter bestraft. Mindestens ebenso wichtig für ein gedeihliches Zusammenleben ist das Verhalten der Bürger. Je mehr sich an Recht und Gesetz halten, umso reibungsloser gestaltet sich das Zusammenleben. Dabei muss der Staat ein Vorbild sein: Wenn nicht einmal Parlamente und Verwaltungen Vorschriften und Gesetze strikt einhalten, wer soll es denn dann tun?

Das Land Berlin ist in dieser Beziehung genau das Gegenteil eines gesetzestreuen Vorbildes. Das Verwaltungsgericht hat jetzt die im Eiltempo geschaffenen „Pop-up-Radwege“ für rechtswidrig erklärt, also jene mit gelber Farbe hastig aufgemalten Spuren für Zweiradfahrer. Kurz davor hatten die Verwaltungsrichter das vom Senat verhängte Verbot der Großdemonstration gegen die staatlichen Corona-Auflagen vom Tisch gewischt. Ein paar Tage zuvor hatte das

Bundesarbeitsgericht das Berliner Kopftuchverbot für Lehrerinnen gekippt. Gleich drei juristische Schlappen in zwei Wochen.

Nun kommt es immer wieder vor, dass Anordnungen von Regierungen und Verwaltungen oder Beschlüsse von Parlamenten einer gerichtlichen Überprüfung nicht standhalten. Staatliche Instanzen stehen nicht über dem Gesetz und müssen ihr Handeln gegebenenfalls gerichtlich überprüfen lassen. Das unterscheidet den demokratischen Rechtsstaat von einem totalitären Regime. Auch kann nie ausgeschlossen werden, dass Juristen in Ministerien bisweilen eine andere Rechtsauffassung haben als Juristen an Gerichten. Die Volksweisheit, wonach drei Juristen vier Meinungen haben, kommt ja nicht von ungefähr.

Dennoch fällt auf, dass der Berliner Senat häufig mit der Justiz auf Kriegsfuß steht. Denn offenbar regiert Rot-Rot-Grün in der Hauptstadt nach dem Motto „entscheiden first, nachdenken second“. Ob man mehr Radwege für vernünftig oder nicht hält, spielt

in diesem Zusammenhang keine Rolle. Gutes Regieren zeichnet sich gerade dadurch aus, dass die Regierenden sich penibel im Rahmen des rechtlich Möglichen bewegen oder sich durch entsprechende Gesetzesänderungen mehr Spielraum verschaffen. SPD, Grüne und Linke wursteln dagegen fröhlich vor sich hin und meinen, wo ein Wille sei, werde sich ein Weg schon finden. Drei kassierte Urteile innerhalb so kurzer Zeit fällt also in die Rubrik „Dit is Berlin“.

Man mag das als Berliner Provinzposse abtun. Doch versuchen SPD, Grüne und Linke auf der Ebene des Stadtstaates zu demonstrieren, wie eine angeblich fortschrittliche Politik „links der Mitte“ auch im Bund aussehen könnte. Allerdings ist Berlin eher Spitzenreiter in der Sparte „Pleiten, Pech und Pannen“ als beim guten Regieren. Den Befürwortern von Rot-Rot-Grün im Bund wäre deshalb zu empfehlen, im Bundestagswahlkampf eher nicht auf Berlin als leuchtendes Beispiel zu verweisen: „Ihr Völker der Welt, schaut lieber nicht auf diese Stadt.“ ■

Kühnert kann Bundestag – auch ohne Examen

Wer kann und darf für den Bundestag kandidieren? Unsere Verfassung ist da eindeutig: „Wählbar ist, wer am Wahltag Deutscher im Sinne des Artikels 116 Abs. 1 des Grundgesetzes ist und das achtzehnte Lebensjahr vollendet hat.“ Ob jemand für ein Bundestagsmandat qualifiziert ist oder nicht, ob er einen Berufsabschluss hat oder nicht, ob er wenigstens Lesen und Schreiben können muss, darüber steht in der Verfassung und den entsprechenden Wahlgesetzen nichts. Über die Qualifikation von Bewerbern entscheiden allein die Parteien und die Wähler.

Sozialisierungs-Befürworter

So besehen ist die öffentliche Debatte, ob der Juso-Vorsitzende Kevin Kühnert bei der Bundestagswahl 2021 kandidieren soll und darf, müßig. Zwei nicht abgeschlossene Studiengänge sagen absolut nichts darüber aus, ob der sozialdemokratische Sozialisierungs-Befürworter und GroKo-Gegner in der Lage wäre, ein Mandat auszuüben. Um jedes Missverständnis auszuschließen: Der 31-Jährige ist ein großes politisches Talent; Kühnert kann Bundestag. Dass er mit persönlicher Kritik nicht umgehen kann, steht auf einem potentiellen Volksvertreter den Maßstab „Hochschulexamen“ anlegt, tritt keineswegs den „Lebenslauf von Millionen Menschen mit Füßen“, wie Kühnert leicht weinerlich beklagt. Wer bei Bundestagsbewerbern nach der akademischen Ausbildung fragt, stellt an einen Volksvertreter nur höhere Ansprüche als an einen Taxi-Fahrer, eine Fachverkäuferin oder einen Elektroniker.



„Kühnerts Berufserfahrung beschränkt sich auf einen Job bei einer SPD-Abgeordneten, weit weg vom Alltag eines Durchschnittswählers.“

Berufserfahrung wichtiger als Titel

Bei der Diskussion um die akademische und berufliche Qualifikation von Bundestagsaspiranten geht es im Kern um etwas anderes, wichtigeres. Denn Kühnert ist nicht der erste in dieser Kategorie – und bei weitem nicht der einzige. Solche „Karrieren“ gibt es in allen Parteien, und das mit steigender Tendenz. Ein akademischer Abschluss spielt bei Parteien wie CDU/CSU und FDP zwar noch eine größere Rolle als bei SPD, Linken und Grünen. Weshalb bei den Bürgerlichen mehr „Fake-Doktores“, die bei der Abfassung ihrer Dissertation betrogen hatten, aufgefliegen sind, als in den Fraktionen links der Mitte. Aber auch in der Union ist ein abgebrochenes Studium längst kein unüberwindbares Hindernis mehr auf dem Weg in die Parlamente.

Akademische Weihen

Ohnehin sollte man die Bedeutung akademischer Weihen nicht überbewerten. Ob jemand das Studium ordentlich zu Ende gebracht oder promoviert hat, ist kein Indiz für seine Intelligenz. Es sagt eher etwas aus über die Willens- und Charakterstärke eines jungen Mannes oder einer jungen Frau aus, wenn sie oder er parallel zu allen politischen Aktivitäten noch Seminararbeiten schreibt und den Prüfungsstress meistert. Viel bedenklicher ist, dass immer mehr junge Leute zu Berufspolitikern werden, ohne jemals einer „normalen“ Arbeit nachgegangen zu sein, ohne zu wissen, wie es ist, wenn die Sicherheit des Arbeitsplatzes auch von der Auftragslage abhängt, und wie es sich anfühlt, wenn vom Bruttoeinkommen nach Abzug von Steuern und Abgaben vielleicht nur noch die Hälfte bleibt. Wer sein Berufsleben mit

Diäten von mehr als 10.000 Euro im Monat beginnt und schon nach vier Jahren im Bundestag bereits einen Pensionsanspruch von 1.000 Euro hat, ohne einen Euro Eigenanteil, der weiß nicht wirklich, was er beschließt, wenn er die Hand bei Steuer- und Rentengesetzen hebt. Kühnerts Berufserfahrung beschränkt sich auf einen Job bei einer SPD-Abgeordneten, weit weg vom Alltag eines Durchschnittswählers.

Abgeordnete ohne Beruf sind leicht zu steuern

Wer ohne Ausbildung und ohne Berufserfahrung ins Parlament einzieht, hat noch einen Nachteil: Er ist kaum noch „resozialisierungsfähig“, falls er sein Mandat eines Tages verlieren sollte. Wenn jemand mit Ende 40 nichts mehr vorzuweisen hat als vielleicht 16 Jahre Bundestag, findet kaum eine qualifizierte Tätigkeit, es sei denn als Lobbyist. Deshalb sind diese „Nur-Politiker“ aus der Sicht von Partei- und Fraktionsführungen nicht unwillkommen. Abgeordnete, die bei knappen Mehrheiten von der Parteilinie abweichen und damit ihr Mandat riskieren, sind in der Regel Männer und Frauen, die sich um eine „Anschlussverwendung“ keine Sorgen machen müssen, nicht solche, die ausschließlich von der Politik leben.

Eines ist klar: Kevins berufliche Perspektive hängt in erster Linie von den Delegierten der Berliner SPD und erst in zweiter von den Wählern. Ersteren wie Letzteren dürfte es aber ziemlich gleichgültig sein, dass Kühnert außerhalb der Politik nichts vorzuweisen hat. Sie werden danach entscheiden, ob sie einen Abgeordneten wollen, der mithilfe, die SPD noch weiter nach links zu rücken – auch ohne Examen und Beruf. ■

EU-Milliarden-Hilfe: Solidarität ist keine Einbahnstraße

Der EU-Wiederaufbaufonds soll den Aufschwung nach der Corona-Rezession finanzieren. Von dem 500 Milliarden Euro-Plan, vom französischen Präsidenten der deutschen Kanzlerin abgetrotzt, entfallen auf die Bundesrepublik 27 Prozent oder 135 Milliarden Euro. Dabei wird es nicht bleiben. Denn nach dem bevorstehenden Brexit muss Deutschland 30 Prozent der EU-Ausgaben stemmen; das wären dann 150 Milliarden Euro. Das setzt voraus, dass alle EU-Mitgliedsstaaten sich auch an der späteren Tilgung beteiligen. Anderenfalls wird es für uns noch teurer.

Der deutsche Beitrag zum angestrebten wirtschaftlichen Aufschwung wird von der Bundesregierung als Akt gut begründeter Solidarität dargestellt. Was insofern richtig ist, als die deutschen Exporteure nur dort Abnehmer für ihre Produkte und Dienstleistungen finden können, wo die Wirtschaft halbwegs läuft. Unsere Solidarität wird somit als Exportförderung verkauft. Das drängt freilich die Frage auf, wofür die vom neuen EU-Fonds verteilten Gelder in den einzelnen Ländern verwendet werden – ob für Konsumausgaben oder für Investitionen mit Perspektive. Und welche Unternehmen aus welchen Ländern welche Aufträge bekommen. Es wäre ein Treppenwitz, wenn etwa chinesische Staatskonzerne davon profitierten.

Seien wir optimistisch und unterstellen, dass die Mittel aus dem Fonds in den begünstigten Ländern – das wären in erster Linie Italien und Spanien, aber auch Frankreich – vernünftig und nachhaltig investiert werden. Nehmen wir ferner an, dass sich das in den Auftragsbüchern deutscher Unternehmen deutlich niederschlägt. Dann bedeutete diese Operation gleichwohl eine erhebliche Belastung der deutschen Steuerzahler vom Jahr 2027 an, wenn die aufgenommenen Schulden über den EU-Haushalt wieder getilgt werden sollen.

Reiche Italiener, armer italienischer Staat

Bei aller Solidarität mit den von der Pandemie besonders betroffenen Italienern und Spaniern muss der Hinweis erlaubt sein, dass manche Länder sich heute leichter täten, wenn sie in der Vergangenheit solider

gewirtschaftet hätten. Spanien kann immerhin für sich in Anspruch nehmen, unter großen Anstrengungen nach der Euro-Krise wirtschaftlich wieder einigermaßen Tritt gefasst zu haben. Italien dagegen hat die vergangenen, sehr guten Jahre ungenutzt verstreichen lassen und nichts für die Sanierung seiner maroden Staatsfinanzen getan. Gleichzeitig sind die Privatvermögen in Italien auf neue Höchststände gestiegen. Nach Berechnungen der Credit Suisse entspricht das italienische Privatvermögen dem 5,5-Fachen des Bruttoinlandspro-

„Die Deutschen sind – gemessen am Pro-Kopf-Vermögen – ärmer als die Italiener, der deutsche Staat ist dagegen ungleich finanzkräftiger als der italienische. Mit der Konsequenz, dass die „armen“ deutschen Steuerzahler den „armen“ italienischen Staat alimentieren sollen. Während die wohlhabenden Italiener ihr Finanzvermögen bevorzugt außerhalb der eigenen Grenzen anlegen.“

dukts. In Deutschland macht das Privatvermögen dagegen nur das 3,8-Fache der Wirtschaftsleistung aus. Das hat auch damit zu tun, dass keine italienische Regierung ernsthaft versucht, mit der gleichen Akribie wie der deutsche Fiskus Steuern einzutreiben. Das Ergebnis ist grotesk: Die Deutschen sind – gemessen am Pro-Kopf-Vermögen – ärmer als die Italiener, der deutsche Staat ist dagegen ungleich finanzkräftiger als der italienische. Mit der Konsequenz, dass die „armen“ deutschen Steuerzahler den „armen“ italienischen Staat alimentieren sollen. Während die wohlhabenden Italiener ihr Finanzvermögen bevorzugt außerhalb der eigenen Grenzen anlegen.

Im Wiederaufbaufonds sehen Emanuel Macron und Angela Merkel den „Grundstein für ein neues Europa“. Ihr neues Europa wird ebenso wie das bisherige auf zwischenstaatliche Solidarität angewiesen sein. Nur darf Solidarität nicht als einseitige Angelegenheit betrachtet werden, als Engagement der wirtschaftlich Stärkeren

zugunsten der Schwächeren. Richtig verstandene Solidarität schließt entsprechende Anstrengungen derer ein, die Hilfe erwarten. Anderenfalls stellt sich bei denen, die helfen sollen, Unmut ein, der schnell in Unwillen münden kann.

Ein Grundeinkommen für alle Spanier?

Die EU wird in Bedrängnis geratene Länder unterstützen, ganz gleich, welchen Namen das entsprechende Finanzierungsinstrument tragen wird. Der deutsche Steuerzahler wird, falls sich in anderen Ländern nichts ändert, soziale Leistungen indirekt mitfinanzieren, die sich Deutschland selbst nicht leistet. So will Spanien ein bedingungsloses Grundeinkommen einführen, das es bei uns nicht gibt. Italien lässt sich Milliarden an Steuereinnahmen entgehen und hält am Rentenalter mit 65 Jahren (Frauen: 60) fest, während der deutsche Fiskus gnadenlos zugreift und die Deutschen sich auf die Rente mit 67 zubewegen. Frankreich wiederum gönnt seinen Arbeitnehmern mit 10,14 Euro den zweithöchsten Mindestlohn in der EU, den viele Unternehmen aber nur dank staatlicher Zuschüsse auszahlen können. Deutsche Geringverdiener müssen sich dagegen mit 9,35 Euro begnügen. Die Zustimmung zu seiner dringend notwendigen Rentenreform will sich Macron überdies mit einer Mindestrente von 1000 Euro im Monat erkaufen. Da kann unsere geplante Grundrente nicht mithalten.

Über eines lässt sich nicht streiten: Der gemeinsame Markt ist nicht zum Nachteil Deutschlands. Im Gegenzug war die Bundesrepublik häufig der Zahlmeister Europas. Die deutschen Steuerzahler haben diesen „Deal“ bisher überwiegend akzeptiert. Angesichts der Corona-bedingten wirtschaftlichen Verwerfungen, drohender Insolvenzen und gefährdeter Geschäftsmodelle könnte die Bereitschaft zur Solidarität mit anderen Ländern aber sinken – vor allem dann, falls es bei den Begünstigten an „solidarischen Einschränkungen“ mangelt. Europa kann ohne Solidarität nicht funktionieren. Doch auch die Bürger der Geberländer haben Anspruch auf solidarisches Verhalten der Empfänger. ■

Vermögensabgabe – Lieblingsspielzeug der Linken

Der Staat tut zurzeit, was er kann, um Unternehmen zu retten. In vielen Fällen dürfte das auf eine Beihilfe zur Verlangsamung des Sterbens hinauslaufen. Manche Firma, die – am Ende einer zehnjährigen Periode wirtschaftlichen Wachstums – nach drei Wochen ohne Umsatz vor dem Zusammenbruch steht, hatte wohl doch kein erfolgsversprechendes Geschäftsmodell. Gleichwohl: Der Staat musste einspringen – und er musste das unbürokratisch tun.

Bei all den Rettungspaketen, die national und auf europäischer Ebene geschnürt werden, bleibt die Frage: Wer soll das bezahlen? Die Antwort „der Staat“ ist nicht grundsätzlich falsch, hilft aber nicht weiter. Denn der Staat kann nur ausgeben, was er den Bürgern vorher abgenommen hat oder ihnen und ihren Nachkommen später in Form vom Zins und Tilgung aufzubürden gedenkt. Wenn's um Geld geht, dann sind die Steuer- und Beitragszahler der Staat – und niemand sonst.

Rote, dunkelrote und grüne Politiker

Eine wachsende Zahl von roten, dunkelroten und grünen Politikern, einige Ökonomen und nicht wenige Publizisten, geben vor, einen Ausweg gefunden zu haben. Nicht „wir“ sollen zahlen, sondern die „Reichen“ und die „Superreichen“. „Vermögensabgabe“ heißt das Zauberwort, wobei je nach dem Grad der sozialistischen Gesinnung „große Vermögen“ mal bei 500.000 Euro, mal bei einer Millionen Euro, mal bei mehreren Millionen beginnen.

2018 gab es in Deutschland rund 1,4 Millionen Vermögensmillionäre. Das klingt nach einer stattlichen Zahl. Doch ist da mancher dabei, der ein Zweifamilienhaus in

einem städtischen Ballungsraum geerbt hat. Von einem Millionärsleben in Saus und Braus kann da keine Rede sein. Allerdings dürfte die Zahl der Vermögensmillionäre viel größer sein als die erwähnten 1,4 Millionen. Denn in allen Statistiken bleiben die Pensions- und Rentenansprüche außer Acht.



„Wenn es gegen ‚die Reichen‘ geht, dann fühlen sich Politiker wie Saskia Esken (SPD) oder Dietmar Bartsch (Die Linke) ganz stark.“



„Vorsorgevermögen“ bei Beamten bleibt außen vor

Der Selbstständige, der – aus bereits versteuertem Einkommen – zwei Millionen Euro gespart hat, um im Alter sich und seine Frau zwanzig Jahre lang zu finanzieren, zählt statistisch zu den Millionären. Wer dagegen als höherer Beamter mit einer monatlichen Pension von 5000 Euro rechnen darf, der müsste deutlich mehr als eine Million zurückgelegt haben, wenn er sich das Geld monatlich selbst ausbezahlen wollte. Der „Barwert“ einer gesetzlichen Rente von monatlich 1000 Euro liegt immerhin bei rund 250.000 Euro.

Doch dieses „Vorsorgevermögen“ von Staatsdienern und Rentnern wird in allen Vermögensberechnungen mit Null angesetzt. Natürlich macht es einen Unterschied, ob man Geld auf der hohen Kante hat oder „nur“ über entsprechende Versorgungsansprüche an den Staat oder die gesetzliche Rentenversicherung verfügt. Doch einen Renten- oder Pensionsanspruch kann man nicht einfach mit „Null“ ansetzen. Es sei denn, man möchte die Verteilung der Vermögen noch ungleicher darstellen, als sie tatsächlich ist. Nach dieser Methode gehen die Armut- und Reichtumsforscher vor. Sie haben nämlich nur ein „wissenschaftliches“ Ziel: das politische Klageglied von der schreienden Ungleichheit mit Zahlen zu untermauern. Den politischen „Umverteiltern“, die unverhohlen auf die in Deutschland

weit verbreiteten Neidkomplexe setzen, bietet die Coronakrise eine willkommene Gelegenheit, den Klassiker „Vermögensabgabe“ neu aufzulegen. Wenn es gegen „die Reichen“ geht, dann fühlen sich Politiker wie Saskia Esken (SPD) oder Dietmar Bartsch (Die Linke) ganz stark.

Asoziale und anständige Reiche

Dabei übersehen sie, dass es „die Reichen“ gar nicht gibt, sondern mindestens drei Gruppen von Reichen: Die einen zahlen hier gar keine Steuern, weil sie ihren Hauptwohnsitz ins Ausland verlegt haben. Das ist legal und ließe sich nur verhindern, wenn das Auswandern verboten würde. Dass eine Vermögensabgabe das „Fernweh“ vieler Vermögenger beflügeln würde, darf unterstellt werden. Der Nebeneffekt: Dem Fiskus entgingen erhebliche Einnahmen bei der Einkommensteuer.

Dann gibt es Reiche, die den Staat nach Strich und Faden betrügen und ihr Geld auf Schwarzgeldkonten im Ausland haben. Gegen diese Asozialen aus sogenannten besseren Kreisen lässt sich mit höheren Steuern gar nichts ausrichten. Vielmehr müssten die Steuerfahndung aufgerüstet und die Strafen erhöht werden. Betrüger sind kein Fall für den Fiskus, sondern für den Staatsanwalt.

Bleiben die anständigen Reichen, die hier leben und sich an die Steuergesetze halten. Denen zeigen SPD, Grüne und Die Linke regelmäßig die sozialistischen Folterinstrumente: höherer Spitzensteuersatz, höhere Erbschaftsteuer, Vermögenssteuer und – aktuell – Vermögensabgabe. Die Steuereintreiber aus dem linken Lager übersehen freilich eines: Die größeren Vermögen liegen nicht auf irgendwelchen Konten,

stecken nicht in protzigen Villen und sündhaft teuren Yachten. Die „Reichen“, das sind in erster Linie die Eigentümer von rund drei Millionen Familienunternehmen, die das Rückgrat unserer Wirtschaft bilden und die 60 Prozent aller Arbeitnehmer beschäftigen.

Besteuerung der Falschen

In vielen dieser Firmen lässt sich zwischen Privatvermögen, das besteuert werden soll, und Fir-

menvermögen nicht hinreichend genau unterscheiden. Das trifft insbesondere auf Personengesellschaften und auf Selbstständige zu. Wer dieses Vermögens jetzt durch eine Abgabe reduzieren will, der besteuert letztlich diejenigen, die hierzulande Arbeitsplätze schaffen und erhalten. Das wäre – nach Corona – genau das falsche Rezept für eine schnelle wirtschaftliche Erholung.

„In allen Statistiken bleiben die Pensions- und Rentenansprüche außer Acht.“

Die Idee, eine Vermögensabgabe endlich einzuführen, mag linke Herzen höher schlagen lassen. Mit dem dabei zu erzielenden Aufkommen werden sich die durch die Coronakrise verursachten riesigen Haushaltsdefizite aber nicht beseitigen lassen. Schlimmer noch: Eine Vermögensabgabe richtete sich genau gegen die, deren Kapital das Land „nach Corona“ für neue Investitionen dringend braucht. ■

Eigentlich müsste die CDU für die Sozis beten ..



Olaf Scholz „kann Kanzler“, wie ihm allenthalben bescheinigt wird. Aber kann der von der eigenen Partei höchstens respektierte, nie geliebte, sich als „Wumms“-Politiker neu erfindende Finanzminister auch Kanzler werden? Lassen wir einmal die theoretische Möglichkeit einer absoluten Mehrheit der SPD außer Acht, dann muss die SPD mit dem Kandidaten Scholz bei der Bundestagswahl 2021 unbedingt auf Platz zwei kommen, also stärker werden als die Grünen. Nur dann könnte die SPD die Kanzlerposition beanspruchen, ob bei Rot-Rot-Grün oder in einer Ampel mit der FDP. Sollten die Wähler hingegen die Grünen zur zweitstärksten Fraktion hinter der CDU/CSU machen,

hätte Scholz keine Chance. In diesem Fall würden nämlich die Grünen als stärkste Kraft einer links-grünen Koalition den Regierungschef stellen, wer auch sonst?

Dass es so nicht kommen möge, dass die Grünen wie früher hinter der SPD landen, hoffen nicht nur die Sozialdemokraten. Auch im Konrad-Adenauer-Haus müsste man eigentlich dafür beten, dass die sehr geschwächte SPD im Herbst 2021 vor den Grünen ins Ziel kommt. Nicht aus Mitleid mit den von der Merkel-Union geschrumpften Sozis, sondern aus reinem Egoismus. Schließlich wären Grüne, die stärker als die SPD sind, für die CDU/CSU ein unbequemer Verhandlungspartner mit Blick auf Schwarz-Grün. Ohnehin

„Die Grünen wären als zweitstärkste Kraft für die Union ein höchst unbequemer Verhandlungspartner.“

wäre es keine ganz einfache Operation, wenn Grüne und SPD einen gemeinsamen Nenner mit der Linken finden müssten, vor allem in der Außen- und Sicherheitspolitik. Dessen ungeachtet wären die Grünen als zweitstärkste Kraft für die Union ein höchst unbequemer Verhandlungspartner. Wenn einer Partei rechnerisch zwei Optionen offenstehen, kann sie bei Koalitionsverhandlungen ganz anders auftreten und mehr durchsetzen als bei der Alternative Koalition oder Opposition – inhaltlich wie auch bei der Besetzung von Ämtern.

Unterstellen wir also einmal, in den letzten Umfragen vor der Bundestagswahl 2021 lägen SPD und Grüne gleichauf hinter der CDU. Da würden sie am Wahlabend bei CDU und CSU der SPD kräftig die Daumen drücken, auf dass sie zweitstärkste Fraktion werde. Die Situation ist paradox: Ein Wiedererstarken der SPD unter Führung ihres Kanzlerkandidaten Scholz könnte für die Union den Weg zu einer schwarz-grünen Koalition, der Traumkonstellation aller Merkelianer*- und Modernisierer*innen, deutlich erleichtern. Womit einmal mehr der Lehrsatz bewiesen würde, wonach in der Politik alles möglich ist – und selbst das Gegenteil davon. ■

Die FDP will lieber mit der SPD regieren als nicht regieren

Kaum hatte FDP-Chef Christian Lindner den rheinland-pfälzischen Wirtschaftsminister Volker Wissing zum Nachfolger der gescheiterten Generalsekretärin Linda Teuteberg ausgerufen, verkündete der auf Twitter, was ihn an- und umtreibt: „Die CDU nach so langer Zeit abzulösen, könnte ein wichtiges Signal des Aufbruchs für unser Land sein.“ Mit anderen Worten: Die Liberalen, einst Wunschpartner der CDU, wollen am liebsten in einer Ampel mit SPD und Grünen regieren.

Wissing, der auf dem FDP-Parteitag am Samstag mit einem sehr guten Ergebnis gewählt werden dürfte, hatte in diesen Tweet gleich zwei Botschaften verpackt. Die CDU/CSU soll wissen, dass die FDP nicht mehr der natürliche Koalitionspartner der Union ist. Der SPD wiederum signalisierte er, dass Rot-Rot-Grün nicht die einzige Möglichkeit ist, Olaf Scholz ins Kanzleramt zu bringen. Die dafür notwendigen Stimmen würde bei einem entsprechenden Wahlergebnis die FDP gerne liefern.

Das doppelte Trauma der FDP

Hinter den Ampel-Überlegungen steckt bei der FDP nicht nur nüchternes Kalkül. Hier schwingt auch ein doppeltes Trauma mit. Politiker wie Wissing haben bis heute nicht vergessen, wie rigoros Angela Merkel und Wolfgang Schäuble zwischen 2009 und 2013 den kleineren Koalitionspartner am ausgestreckten Arm verhungern ließen und die auf ihre damals 14,6 Prozent so stolze FDP auf 4,8 Prozent schrumpften. Zudem leiden die Liberalen noch immer darunter, dass sie bei den Jamaika-Verhandlungen nach der Bundestagswahl 2017 von der Kanzlerin so behandelt wurden, als bliebe ihnen gar nichts anderes übrig als allem zuzustimmen, was die Union den Grünen zugestehen wollte.

Beim bitteren Blick zurück fällt bei Liberalen schon mal der Begriff von der verletzten Würde. Dass die Liberalen selbst bei den Koalitionsgesprächen 2009 wie 2017 schwere Fehler machten, steht auf einem anderen Blatt. 2009 konnte es ihnen mit dem Wiedereinzug ins Kabinett gar nicht schnell genug gehen, weshalb sie



FDP-Chef Christian Lindner und der neue FDP-Generalsekretär Volker Wissing wollen am liebsten in einer Ampel mit SPD und Grünen regieren

sich mit einem an vielen Stellen wenig konkreten Koalitionsvertrag zufrieden gaben. 2017 wiederum ließ Lindner, vom Wahlerfolg seiner Partei und von sich selbst sehr begeistert, den richtigen Zeitpunkt zum Ausstieg aus den Sondierungsgesprächen verstreichen und stand letztlich als der Schuldige am Jamaika-Aus da.

Schwarz-Grün als neue politische Modelfarbe

Unabhängig von solchen alten Geschichten fühlt sich die FDP auch derzeit von der Union schlecht behandelt. Sobald das Wort „Ampel“ fällt, werfen Unionspolitiker den Liberalen Wankelmut und Unzuverlässigkeit vor. Aus deren Sicht hat die FDP, wo immer es geht, für eine bürgerliche Koalition zur Verfügung zu stehen. Das kommt bei den Liberalen schon deshalb nicht gut an, weil dieselben Unionspolitiker gegenüber den Grünen äußerst großzügig sind. Die wachsende Zahl der Befürworter von Schwarz-Grün als neuer politischer Modelfarbe halten der Öko-Partei jedenfalls nicht vor, dass sie am liebsten zusammen mit der SPD regieren und – wenn es um die Macht geht – auch die Linkspartei für einen hoffähigen Koalitionspartner halten.

Die FDP ist derzeit nicht in bester Verfassung. Sie kommt bei jüngeren Wählern, wie sich bei den Kommunalwahlen in Nordrhein-Westfalen zeigte, besser an als im Durchschnitt. Doch viele ihrer Anhänger haben ihr bis heute nicht verziehen, dass sie vor drei Jahren die Chance verpasste, mit CDU/CSU und den Grünen zu regieren. Es sind vor allem die älteren Wähler, die Umfragen zufolge in der FDP vor allem eine Regierungspartei sehen und von Selbstverwirklichungsübungen in der Opposition wenig halten. Diese „Koalitionswähler“ sind zahlenmäßig stärker als die jüngeren und gehen auch fleißiger zur Wahl. Auf deren Stimmen können die Liberalen nicht verzichten.

Mehrheitsbeschaffer reloaded

Den aktuellen Umfragen zufolge wird die FDP als Koalitionspartner im Bund nicht gebraucht: Schwarz-Grün könnte allein regieren, und die Ampel-Parteien brächten es auf allenfalls 40 Prozent. Das kann sich bis zur Bundestagswahl 2021 noch ändern. Es ist durchaus denkbar, dass die FDP dann wieder in ihre Rolle schlüpfen kann, die sie in der Bonner Republik mit

großem Geschick ausfüllte – als Mehrheitsbeschaffer. Allerdings nicht mehr in einer Zweier-Konstellation, sondern in einem Dreierbündnis – mit CDU/CSU oder SPD und in jedem Fall mit den Grünen.

Falls die FDP die freie Auswahl haben sollte – Ampel oder Jamaika – läge auf den ersten Blick die Verbindung mit Union und Grünen nahe. Das wäre sozusagen die Erweiterung von Schwarz-Gelb um Grün. FDP-Strategen betonen dagegen die Vorzüge einer Ampel. Gegenüber SPD und Grünen könnte die FDP in die Rolle des marktwirtschaftlichen Korrektivs schlüpfen. Diese Konstellation hätte aus liberaler Sicht noch einen weiteren Vorzug: Der rote und der grüne Koalitionspartner würden erst gar nicht versuchen, der FDP Wähler abspenstig zu machen; sie wären vielmehr Konkurrenten im links-grünen Lager. Bei „Jamaika“ hätten Union und FDP dagegen mehr oder weniger dasselbe Wählerpotential im Blick, was die Liberalen zur Profilierung gegenüber CDU und CSU zwingt und das Regieren nicht unbedingt erleichtert.

Kein einfacher Job

Volker Wissing, der künftige Generalsekretär der FDP, soll das Profil der Liberalen als Partei der Marktwirtschaft stärken. Das ist eine ebenso wichtige wie schwierige Aufgabe, da die Bevölkerung angesichts der staatlichen Milliardenprogramme das Gefühl bekommt, Vater Staat könne wegbrechende Umsätze locker ausgleichen und nicht wettbewerbsfähige Unternehmen auf ewige Zeiten am Leben halten – mit gutem Willen und billigem Geld aus der Notenpresse. Für eine Partei, die nicht 30 Prozent der Wähler überzeugen will, sondern „nur“ acht bis zehn, tut sich hier sogar eine Marktlücke auf. Es erfordert aber einen Spagat, „mehr Markt“ ausgerechnet an der Seite einer staatswirtschaftlich ausgerichteten Esken-Kühnert-SPD und gemeinsam mit Grünen, die den CO₂-Ausstoß für die wichtigste wirtschaftliche Kennziffer halten, verwirklichen zu wollen. Zweifellos hat auch die Merkel-CDU vieles über Bord geworfen, was in der Partei Ludwig Erhards zur eige-

nen DNA gehörte. Gleichwohl gibt es in CDU und CSU noch immer mehr Politiker, die mit dem Begriff Ordnungspolitik etwas anfangen können, als bei Grünen oder gar der SPD.

Die Liberalen gehen mit einem Generalsekretär Wissing in das Wahljahr 2021, der die Ablösung der CDU als ein „Signal des Aufbruchs für unser Land“ propagiert. Falls das ernst gemeint ist, müsste die FDP konsequenterweise noch vor der Bundestagswahl jede Koalition mit der CDU grundsätzlich ausschließen. Das aber wird sie gewiss nicht tun, weil sie nicht noch mehr schwarz-gelbe Wähler verlieren will. Wenn die Wähler aber nicht wissen, ob eine Stimme für die FDP zu einem SPD-Kanzler oder zu einem CDU-Kanzler führt, wird das viele davon abhalten, ihr Kreuz wieder bei der FDP zu machen. Ehe die FDP also einen Aufbruch für Deutschland einleiten will, muss sie erst einmal ihren eigenen Einbruch in der Wählergunst verhindern. Es gibt derzeit wirklich einfachere Jobs als den eines FDP-Generalsekretärs. ■

Wollen Sie auf modernere
Kommunikationstechnik
umsteigen und dabei
noch Geld sparen?

Systemhaus für Telekommunikation

Kanalstraße 47 · 44147 Dortmund
Telefon: 02 31 - 95 01 70 · www.schrader-trojan.de
E-Mail: info-bds@schrader-trojan.de



vodafone



Entschleunigung, Sich-Selber-Finden, bewusstes Verzichten – ich kann es nicht mehr hören!

Zeit der Entschleunigung, Rückbesinnung auf das Wesentliche, Lob der Bescheidenheit, Zeit zum Sich-Selber-Finden, ökonomischer Neustart, humanes Wirtschaften, Digitalisierungsschub, Re-Nationalisierung statt Globalisierung, auf dem Weg zu mehr Gerechtigkeit. Was haben uns die Schönredner der Pandemie-Folgen seit nunmehr neun Wochen nicht alles einreden wollen. Ich kann dieses Gesäusel von überwiegend wohlbestallten Mitgliedern der meinungsmachenden Elite aus Publizistik, Wirtschaft und Wissenschaft nicht mehr hören. Denn diese Apostel des Wandels sind meistens so gestellt, dass sie – Krise hin, Krise her – bei ihren sechsstelligen Einkommen keinerlei Abstriche machen müssen und aus einer mehrfach abgesicherten sozialen Hängematte heraus – vielfach mit Beamtenstatus oder ähnlicher Polsterung – über die schöne neue Welt nach Corona philosophieren können.

Von all den klugen Ratgebern muss keiner vom Kurzarbeitsgeld leben; Beamte wissen ohnehin nicht, wie man das schreibt. Zudem ist nicht bekannt, dass Vorstandsmitglieder, Professoren oder leitende Angestellte öffentlich-rechtlicher Anstalten aus Solidarität mit ihren Untergebenen auf wesentliche Gehaltsbestandteile verzichteten. Brecht hat Recht: Nur wer im Wohlstand lebt, lebt angenehm.

Seit das Leben zwischen Ostsee und Bodensee weniger restriktiv geregelt wird, zeigt sich, dass das Corona-Virus manches hervorgebracht hat – nur nicht den neuen, pandemie-geläuterten Menschen. Es ist vielmehr der alte Adam, der sich jetzt im Alltag wieder zeigt – der „Normalo“, der die Welt nicht verbessern will, sondern im Hier und Jetzt halbwegs gut leben möchte. Der Durchschnittsverdiener, der sich nicht von den Sprösslingen der gutsituierten Bürgerlichen einreden lassen möchte, im Verzicht liege der eigentliche Sinn des Daseins. Ganz konkret: Wer noch nicht so viele Flugmeilen gesammelt hat wie die deutschen Jünger*innen von Greta Thunberg und noch nicht so viele exotische Länder gesehen hat

wie ihre deutsche Statthalterin Luisa Neubauer, der sieht Mallorca unverändert als Sehnsuchtsort – notfalls eben mit Maske. Noch sind wir in der Zeit „nach Corona“ nicht angelangt. Aber Schritt für Schritt bewegen wir uns eher zurück in die alte Normalität und weniger ins neue Paradies für geläuterte Ehrgeizige, weniger Fleißige oder gebremste Aufstiegswillige. Im gelockerten Alltag dominiert das gewohnte Denken. Man könnte auch sagen: das normale. Von wegen Entschleunigung, Selbstverwirklichung und bewussteres Leben – der alte Rhythmus ist stärker als das neue Credo:

Das Virus erschafft keinen neuen Menschen. An diesem Ziel sind schon unzählige Ideologen und Despoten gescheitert. Den von Corona beflügelten neuen Fastenpredigern wird es nicht anders ergehen.

- Die Digitalisierung hat während des Lockdowns einen Schub bekommen. Aber allenthalben drängt es die Menschen nach „richtigen“ Kontakten: in Restaurants und Cafés.

- Das Homeoffice mag vielen Theoretikern als Inbegriff selbstbestimmten Arbeitens erscheinen. Doch überall zieht es Frauen und Männer zurück in Büros, wo die Kommunikation einfacher und direkter ist als via Videokonferenz – und wo der zwischenmenschliche Kontakt die Arbeitsfreude eher erhöht als bremst.

- Noch ähneln die Flughäfen Geisterbahnhöfen. Aber die Deutschen drängt es – unabhängig vom CO₂-Fußabdruck – in fremde Länder und an sonnige Strände. Der hoch gepriesene „Sanfte Tourismus“ hat gegen den Drang in die Ferne kaum eine Chance.

- Einzelne Unternehmenschefs versuchen sich als Gurus der „Nach-Corona-Ökonomie“ in Szene zu setzen. Doch das Grundprinzip allen Wirtschaftens bleibt unverändert: Ohne Umsätze kein Gewinn, ohne ausreichende Umsätze keine hohe

Beschäftigung, ohne ordentliche Gewinne keine Investitionen. Was vor Corona richtig war, wird auch danach nicht falsch sein – von Nichts kommt Nichts.

- Das Virus hat vieles verändert, aber nicht die gewohnten politischen Reflexe. Wer schon immer für mehr Umverteilung war oder für Steuersenkungen, wer der Ökologie Vorrang gegenüber der Ökonomie einräumt oder umgekehrt, wer mündigen Männern und Frauen die innerfamiliäre Arbeitsteilung freistellt oder staatliche Eingriffe fordert – Corona wird für jede dieser Positionen in Anspruch genommen.

- Die volkserzieherisch motivierte Erwartung, die Deutschen übten sich künftig in neuer Bescheidenheit und hielten sich beim Shopping bewusst zurück, entspricht reinem Wunschenken. Wegen des Lockdowns haben viele Menschen weniger Geld zur Verfügung. Andere sind sparsamer, weil sie nicht wissen, wie sicher ihr Arbeitsplatz ist. Mit einer neuen Einstellung zum Konsum hat das nichts zu tun.

- Angeblich finden die Menschen zunehmend ihr Glück in neuer Bescheidenheit, weil sie weniger Menschen treffen und weniger Geld ausgeben, dafür sich aber selbst besser kennenlernen. Das mag in manchem vergeistigtem „A 26 Beamtenhaushalt“ – zwei Mal Besoldungsgruppe 13 bei lebenslänglicher Arbeitsplatzgarantie – so gesehen werden. Die meisten Menschen werden auch weiterhin anders ticken, nach gutem Lohn für gute Arbeit streben und sich freuen, wenn sie sich und ihren Angehörigen etwas gönnen können.

Die Corona-Pandemie stellt uns alle vor große Ungewissheiten. Wir wissen nicht, wieviel Opfer Covid-19 noch fordern und welche wirtschaftlichen Schäden die unverzichtbaren Einschränkungen noch nach sich ziehen werden. Doch von einem kann man getrost ausgehen: Das Virus erschafft keinen neuen Menschen. An diesem Ziel sind schon unzählige Ideologen und Despoten gescheitert. Den von Corona beflügelten neuen Fastenpredigern wird es nicht anders ergehen. ■

Biografie

Dr. Hugo Müller-Vogg

- Geboren am 2. Juni 1947 in Mannheim.
- Abitur am humanistischen Karl-Friedrich-Gymnasium in Mannheim (Oktober 1966).
- Zwei Jahre Soldat auf Zeit (Leutnant der Reserve).
- Von 1969 bis 1974 Studium der Volkswirtschaftslehre und der Politischen Wissenschaft an der Universität Mannheim. Ein Semester an der Universität Wien. Abschluss in Mannheim als Diplom-Volkswirt.
- Parallel zum Studium Redakteurs-Volontariat beim „Mannheimer Morgen“.
- Von 1974 bis 1976 Pressereferent der Universität Mannheim.
- Vom 1. Oktober 1976 an Wirtschaftsredakteur des „Mannheimer Morgen“, am 1. Oktober 1977 Wechsel zur „Frankfurter Allgemeine Zeitung“.
- 1978 Promotion an der Universität Mannheim zum Dr. rer. pol. mit der Arbeit „Public Relations für die Soziale Marktwirtschaft – Die Öffentlichkeitsarbeit der BDA, des BDI und des DIHT zwischen 1966 und 1974“.
- Von 1977 bis 1988 Wirtschaftsredakteur der F.A.Z., Korrespondent in Düsseldorf (1980/84) und New York (1984/88).
- Vom 1. Oktober 1988 bis 20. Februar 2001 einer der Herausgeber der F.A.Z. Gründungsherausgeber der „Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung“.
- Von September 1997 bis März 2001 Co-Moderator der Politik-Sendung „3-2-1“ im Hessen-Fernsehen (HR 3).
- Seit Oktober 2001 freier Publizist. Von 2001 bis 2005 Autor für „Welt am Sonntag“, BILD, und BZ. Von 2001 bis 2014/2015 Kommentator und Kolumnist für BILD, den Nachrichtensender N24 und „SuperIllu“.
- Autor für verschiedene Zeitschriften und online-Magazine, u.a. www.focus.de und www.cicero.de.
- Häufiger Gast in politischen Talk-Shows, auch als Moderator und Redner tätig.
- Zahlreiche Bücher zu politischen und wirtschaftlichen Fragen.
- Verheiratet seit 1981, eine Tochter.



Foto: Laurence Chaperon

IMPRESSUM

Der Selbständige

ISSN 0946-3224
 Offizielles Organ des Bundesverbandes der Selbständigen/Deutscher Gewerbeverband
 Hrgs: Bundesverband der Selbständigen – Reinhardtstrasse 35, 10117 Berlin
 Telefon (030) 280491-0/Fax -11
 Redaktion: Joachim Schäfer (verantwortlich), Anita Schäfer, Friedhelm Ost
 Layout & © Titel: Joachim Schäfer

Fotos: Laurence Chaperon, BDS Archiv
 Titelfoto: K6 Medien Archiv
 Erscheinungsweise: 10 x jährlich
 Gerichtsstand und Erfüllungsort: Berlin
 Bezugsbedingungen:
 Die Zustellung des E-Papers ist durch den Mitgliedsbeitrag zum BDS abgegolten. Bei Nichterscheinen des E-Papers infolge höherer Gewalt bestehen keine Ersatzansprüche.
 © by: Bundesverband der Selbständigen

Für unaufgefordert eingesandte Manuskripte, Vorlagen und Zeichnungen übernehmen wir keine Gewähr.

Die Urheberrechte an Annoncen (bei eigener Gestaltung), Entwürfen, Fotos und Vorlagen sowie der gesamten grafischen Gestaltung bleiben Bundesverband der Selbständigen und dürfen nur mit ausdrücklicher, schriftlicher Genehmigung weiterverwendet werden.

Briefe und Manuskripte an:
 Bundesverband der Selbständigen – Reinhardtstrasse 35, 10117 Berlin
 Telefon (030) 280491-0/Fax -11
 Internet: www.bds-dgv.de
 E-Mail: info@bds-nrw.de
Hinweis: In allen Fällen, in denen die neue Rechtschreibung mehrere Schreibweisen zulässt, wird die von der Dudenredaktion empfohlene Schreibung angewandt.

Tipps für die tägliche Betriebspraxis

Für das Gespräch mit Ihrem Steuerberater

Für die Richtigkeit des Jahresabschlusses ist der Mandant verantwortlich

Immer wieder gibt es Auseinandersetzungen darüber, wer für die im Jahresabschluss eines Unternehmens enthaltenen Zahlen verantwortlich ist: der Steuerberater, der den Abschluss erstellt hat oder der Mandant (Auftraggeber), der den Abschluss unterzeichnet und damit anerkannt hat. Diese Frage wird insbesondere dann akut, wenn ein Unternehmen nach Veröffentlichung eines Jahresabschlusses Insolvenz angemeldet hat und der Insolvenzverwalter Forderungen auf Schadensersatz stellt.

Stellt der Steuerberater also bei seiner Tätigkeit fest, dass ein Unternehmen bilanzmäßig überschuldet ist, dann gehört es zu seinen Pflichten „kraft seines überlegenen Wissens“, wie ein Gericht hierzu festgestellt hat, seinen Mandanten auf eine drohende Insolvenz hinzuweisen und ihm zu empfehlen, die Insolvenzantragspflicht zu überprüfen. Hat er dies aber - nachweislich - getan, der Mandant reagiert aber darauf nicht, dann liegt die Verantwortung für den weiteren Ablauf beim Unternehmer.

Die unmittelbare Folge einer Insolvenz für den Jahresabschluss liegt zunächst darin, dass die Bewertung des Vermögens nicht mehr unter der Prämisse der Fortführung des Unternehmens erfolgen kann, sondern Liquidationswerte angesetzt werden müssen. Nun gibt es aber auch unverbesserliche Optimisten, die lange - i. d. R. zu lange - darauf hoffen, dass ein Investor den besonderen Wert eines „Startup“-Unternehmens erkennt und mit Eigenkapital die Fortführung ermöglichen wird. Wenn unter dieser Voraussetzung der Steuerberater bei der Bilanzstellung weiter von Fortführungswerten ausgeht, dann aber nicht auf sein Risiko. Der Steuerberater kann nur warnen, der Unternehmer muss handeln!

Hinweise zur Vergabe der Umsatzsteuer-Identifikationsnummer

Das Bundeszentralamt für Steuern (BZSt) weist darauf hin, dass die Vergabe der Umsatzsteuer-Identifikationsnummer (USt-IdNr.) ausschließlich auf schriftlichen Antrag erfolgt. Dies gilt auch für allgemeine Fragen zur Vergabe bzw. zu allen Fragen bzgl. der gespeicherten Daten oder der Eintragung von Euroadressen.

Mit diesem Hinweis reagiert das BZSt auf vermehrte Anträge auf Vergabe einer USt-IdNr. bzw. Mitteilung der dazu gespeicherten Daten. Der Antrag muss folgende Informationen enthalten:

- Name und Anschrift der Antragstellerin oder des Antragstellers,
- Finanzamt, bei dem das Unternehmen geführt wird,
- Steuernummer, unter der das Unternehmen geführt wird.

Er kann über ein Kontaktformular zum Thema "Vergabe über USt-IdNr." gestellt werden.

Voraussetzung für eine erfolgreiche Bearbeitung des Antrags ist, dass der Antragsteller als Unternehmer bei seinem zuständigen Finanzamt umsatzsteuerlich geführt wird und dem BZSt diese Daten bereits übermittelt wurden. Eine Bearbeitung des Antrags erfolgt in der Regel innerhalb von 48 Stunden.

Geschäftsführerin einer insolventen GmbH muss für Nichtabführung von Lohnsteuer haften

Die Nichtabführung einzubehaltender und anzumeldender Lohnsteuer einer GmbH zu den gesetzlichen Fälligkeitszeitpunkten stellt regelmäßig eine zumindest grob fahrlässige Verletzung der Geschäftsführerpflichten dar. Weder der Antrag auf Eröffnung des Insolvenzverfahrens über das Vermögen der GmbH noch die Bestellung eines vorläufigen Insolvenzverwalters mit Zustimmungsvorbehalt entbinden lt. Finanzgericht München den Geschäftsführer von der Verpflichtung zur Abführung der Lohnsteuer bzw. der weiteren Lohnabzugsbeträge in zutreffender Höhe.

**Besuchen Sie
uns im Web unter
www.bds-dgv.de**



Fehlender Hinweis auf Möglichkeit der Einspruchseinlegung per E-Mail führt zu unrichtiger Rechtsbehelfsbelehrung

Im Juli/August 2013 führte das zuständige Prüfungsfinanzamt bei einer Steuerpflichtigen eine Lohnsteuer-Außenprüfung durch. Mit dem darauf folgenden Nachforderungsbescheid forderte das Finanzamt von der Steuerpflichtigen Lohnsteuer, Solidaritätszuschlag und Kirchensteuer nach. Der Nachforderungsbescheid war mit einer Rechtsbehelfsbelehrung versehen. Diese enthielt keinen Hinweis auf die Möglichkeit, den Einspruch elektronisch einzureichen. Gegen den Lohnsteuernachforderungsbescheid legte die Steuerpflichtige Einspruch beim Finanzamt ein. Das Finanzamt verwarf den Einspruch als unzulässig, da er verfristet sei. Das Finanzgericht gab der daraufhin erhobenen Klage statt. Und auch der BFH bestätigte die Auffassung des Finanzgerichts. Die Klägerin habe den Einspruch fristgerecht eingelegt. Es habe die Jahresfrist gegolten, da die dem streitigen Lohnsteuernachforderungsbescheid beigefügte Rechtsbehelfsbelehrung unrichtig erteilt worden war. Nach dem 01.08.2013 sei der Hinweis nicht länger entbehrlich, da die Möglichkeit, den Einspruch elektronisch einzureichen, nun ausdrücklich im Gesetz genannt ist. Da der Bescheid nach dem 01.08.2013 ergangen war, hätte die Rechtsbehelfsbelehrung den Hinweis auf die Möglichkeit der elektronischen Einspruchseinlegung enthalten müssen.

Aussetzung der Insolvenzantragspflicht

Die Bundesregierung hat beschlossen, die bis zum 30.9.2020 begrenzte Aussetzung der Insolvenzantragspflicht bis zum 31.12.2020 zu verlängern.

Entscheidende Änderung: Es darf nur Überschuldung, aber keine Zahlungsunfähigkeit vorliegen!

Bislang musste kein Insolvenzantrag gestellt werden, wenn das Unternehmen insolvenzreif war, dies aber durch Corona bedingt war. Insolvenzreif ist ein Unternehmen, wenn es entweder (drohend) zahlungsunfähig oder überschuldet oder beides ist.

Ab dem 1.10.2020 entfällt die Antragspflicht nur noch dann, wenn nur Überschul-

dung vorliegt. Ist die Zahlungsunfähigkeit gegeben, muss ein Antrag gestellt werden.

Zahlungsunfähigkeit ist gegeben, wenn mit den heute und in den nächsten drei Wochen zur Verfügung stehenden liquiden Mitteln, die heute und in den nächsten drei Wochen entstehenden fälligen Verbindlichkeiten zu weniger als 90 % abgedeckt werden können.

Grund für diese Regelung ist, dass bei nur überschuldeten Unternehmen noch Chancen bestehen, die Insolvenz dauerhaft abzuwenden. Zahlungsunfähige Unternehmen dagegen können bereits jetzt ihre fälligen Verbindlichkeiten nicht mehr bezahlen. Diese Unternehmen schädigen ihre Geschäftspartner. Nach Ansicht der Bundesregierung wird das Vertrauen in den Wirt-

schaftsverkehr erschüttert, wenn solche Unternehmen dennoch weiterhin von der Antragspflicht ausgenommen wären.

Ein entsprechendes Gesetz muss noch erlassen werden. Wegen der ursprünglichen Begrenzung zum 30.9.2020 ist davon auszugehen, dass dies noch im September 2020 geschehen wird. ■

Rückfragen:

RA Rainer-Manfred Althaus, Fachanwalt für Insolvenzrecht / Immobilienfachwirt (IHK)
68161 Mannheim

Telefon: 0621 – 300 992 90

Telefax: 0621 – 300 992 99

E-Mail: advosolve.de

www.advosolve.de

Nachruf

Der BDS-Landesverband Hamburg trauert um

Hans-Günther Otto Dethloff

Mit großer Betroffenheit mussten wir erfahren, dass unser Verbandsmitglied und Vorstandskollege Hans-Günter Dethloff am 3. Oktober 2020 nach kurzer und schwerer Krankheit verstorben ist.

Hans-Günther Dethloff ist während seiner langen Mitgliedschaft unter anderem als Vorstandsmitglied und Ortsvereinsvorsitzender des BDS Süderelbe ehrenamtlich tätig gewesen.

Er war über 40 Jahre lang ein verlässliches Mitglied unseres Verbandes, dem er mit Einsatz und Engagement zur Seite stand.

Unsere Gedanken sind bei seiner Familie.

Wir werden ihm stets ein ehrendes Andenken bewahren.

Der Vorstand des BDS DGV Landesverband Hamburg



Foto: djd/Deutsche Börse

Bulle und Bär am Frankfurter Börsenplatz stehen für steigende beziehungsweise fallende Kurse

Langfristig mit Aktien vorsorgen

Private Altersvorsorge: Den Niedrigzinsen ein Schnippchen schlagen

Die meisten Menschen in Deutschland wissen, dass sie mit ihrer gesetzlichen Rente den gewohnten Lebensstandard im Alter vermutlich nicht halten können. Private Altersvorsorge ist deshalb so wichtig wie nie. Mit einer Anlage in Wertpapieren könnte man den Niedrigzinsen ein Schnippchen schlagen. Doch die Deutschen sind sehr risikoavers und haben Angst vor Verlusten. Rückschläge an den Börsen gab es tatsächlich zu allen Zeiten – daher zählt der lange Atem. Denn langfristig und über alle Krisen hinweg lag beispielsweise die Wertsteigerung am deutschen Aktienmarkt deutlich im positiven Bereich.

Kein Buch mit sieben Siegeln

Trotz der attraktiven Anlage in Wertpapieren bei einem langen Anlagehorizont besteht die private Altersvorsorge der meisten Bundesbürger noch immer darin, Geld auf dem Girokonto oder dem Sparbuch liegen zu lassen. Dafür gibt es aber keine Zinsen

mehr. Im Gegenteil: Aufgrund der Inflationsrate erodiert das Ersparte sogar. Experten rätseln, warum so wenige Menschen in Deutschland in der Wertpapieranlage eine Alternative zum klassischen Sparen sehen. Die Finanzwelt scheint viele Sparer abzuschrecken: Wertpapiere wie Aktien und Zertifikate verbinden sie mit Risiko und Spekulation. Sie denken zu Unrecht, dass die Börse kein Ort für Laien sei, eher für den Experten. Eine Studie der Frankfurt School of Finance & Management – Details unter www.boerse-frankfurt.de/studie – hat ergeben, dass viele Menschen in Deutschland glauben, viel mehr wissen zu müssen, als de facto für die Geldanlage in Aktien nötig wäre. Tatsächlich sind Wertpapiere nicht nur für Börsenprofis interessant, sondern für jeden. Um die Bedeutung der Aktie als Instrument zur Vermögensbildung zu steigern, hat die Deutsche Börse den „Tag der Aktie“ ins Leben gerufen. Er findet in diesem Jahr am Weltspartag, dem 30. Oktober

statt. An diesem Tag können Aktien aus dem DAX-Index sowie eine Auswahl an DAX-ETFs ohne Entgelte bei den teilnehmenden Online-Banken gekauft werden. Weitere Informationen stehen auf www.boerse-frankfurt.de/tagderaktie.

Mit kleinen Beträgen anfangen

Ein anderer Irrtum, dem viele private Sparer unterliegen: An der Börse muss man einen großen Betrag investieren. Tatsächlich kann man auch einen Sparplan einrichten, der meist ab 25 Euro pro Monat verfügbar ist. Diese Beträge sollte man langfristig anlegen und nicht in absehbarer Zeit dringend benötigen. Die Geldanlage in Aktien bietet Chancen, die man nicht verstreichen lassen sollte. Eine kleine Investition ins Börsenwissen kann zu einer positiven Rendite im Depot führen. Gut verständliche Informationen gibt es beispielsweise in Form von Videos und Texten unter www.boerse-frankfurt.de/einstieg. ■

Winter in der weiten Prignitz

Der Nordwesten Brandenburgs lädt zu Aktivurlaub und Erholung ein

Morgens liegt noch ein märchenhafter Nebel über dem weiten Auenland. Wanderer, Spaziergänger und Radfahrer brechen auf, um die Natur in den Elbtalauen im Nordwesten Brandenburgs zu erkunden. Im Herbst und im Winter zeigt sich hier ein besonders beeindruckendes Schauspiel: Unzählige Kraniche, Schwäne und Gänse versammeln sich auf den Wiesen und Überschwemmungsgebieten. Zwischen Elbe und Müritz, auf halbem Weg zwischen Hamburg und Berlin, erstreckt sich die Prignitz, eine uralte Kulturlandschaft mit alten Fachwerkdörfern und historischen Schlössern, aber auch mit modernen Wellnesshotels und interessanten Museen.

Radfahren und Wandern leicht gemacht

Auch in der kühleren Jahreszeit ist das Fahrrad am besten geeignet, um die Prignitz zu erfahren. Das Radwegenetz ist hervorragend ausgebaut, hat kaum nennenswerte Steigungen und verläuft abseits der großen Straßen. Für die Ausschilderung per Knotenpunktwegweisung wurde die Prignitz mit einem Tourismuspreis des Landes Brandenburg ausgezeichnet. An jeder Kreuzung dreier Radwege steht ein nummerierter Knotenpunkt, der die nächsten Orte ausweist, Sehenswürdigkeiten, Einkehrmöglichkeiten und Unterkünfte in einem Umkreis von sieben Kilometern nennt.

17 Tourenempfehlungen für alle Bedürfnisse sind außerdem unter www.dieprignitz.de zu finden, wo auch Rad- und Wanderkarten zum Herunterladen bereitstehen. Ein schönes Etappenziel ist beispielsweise das Besucherzentrum des Unesco-Biosphärenreservats Flusslandschaft Elbe-Brandenburg in der Burg Lenzen am Elbdeich. Die Ursprünge der Burg gehen bis in die Slawenzeit zurück, Lenzen ist der älteste Ort in der Prignitz.

Wellness und kulinarischer Genuss

Im Nordosten der Prignitz lohnt das prunkvolle Schloss Meyenburg einen Besuch. Das Gebäude im Stil der Neorenaissance ist von einem Landschaftspark umgeben und beherbergt heute ein Modemuseum mit einer der größten privaten Sammlungen. Hier lassen sich exklusive Tanzkleider



Foto: djd/Tourismusverband Prignitz/Markus Tiemann

In der winterlichen Elbtalau begrüßen Kirchturm und Burg Lenzen in den ersten Sonnenstrahlen



Foto: djd/Tourismusverband Prignitz/Markus Tiemann

Schloss Meyenburg liegt in einem historischen Landschaftspark

aus den Goldenen 20er-Jahren, Petticoats der wilden Fifties und Blumenmuster der bunten 70er bestaunen. Nach Ausflügen und Besichtigungen ist die pure Erholung an der Reihe, beispielsweise in der Kristall-Therme Bad Wilsnack mit Salzsee, Saunalandschaft, Solebecken und Gradierwerk. Daneben bieten Wellnesshotels ayurvedi-

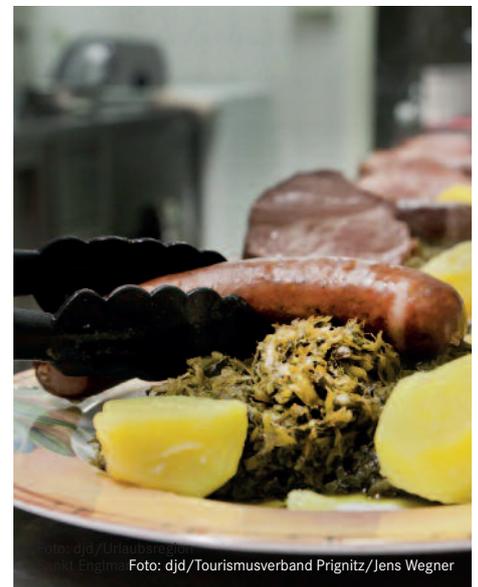


Foto: djd/Tourismusverband Prignitz/Jens Wegner

Der deftige Knieperkohl ist eine regionale Spezialität, die Urlauber kosten sollten

sche Entspannung oder Biosauna an. Und spätestens am Abend wächst der Appetit auf regionale Spezialitäten: Im Winter kommt in der Prignitz der deftige Knieperkohl auf den Tisch, traditionell geschmort mit Speck oder auch in modernen Kreationen mit Nudeln oder als Cordon bleu mit Kohlfüllung. (djd) ■



BranchenLösungen
leben.

Branchen im Fokus.

Betriebliche Altersversorgung – individuelle Lösungen für Ihre Branche im Fokus.

Sie sind Arbeitgeber?

Und wollen Ihren Arbeitnehmern eine betriebliche Altersversorgung anbieten, die sowohl die Belange Ihrer Branche berücksichtigt als auch attraktiv ausgestaltet ist? Dann entscheiden Sie sich für die Allianz. Gestalten Sie mit uns gemeinsam den perfekten Rahmen für die Vorsorge Ihrer Mitarbeiter.

Sie sind Arbeitnehmer?

Und wollen eine attraktive Betriebsrente? Eines steht fest: Mit der Allianz an Ihrer Seite haben Sie einen starken Partner, der Sie beim Aufbau Ihrer individuellen Altersvorsorge gemeinsam mit Ihrem Arbeitgeber unterstützt.



Alle Vorteile unter:
business.allianz.de/branchenloesungen

